Zuständiges Ministerium für Gesundheit M-V
Landesexpertenkommission „Generalistische Pflegeausbildung“

ANFORDERUNGEN UND AUFGABEN DER TRÄGER DER PRAKTISCHEN AUSBILDUNG

– Arbeitspapier –

Dritte Version (Januar 2022)

Inhaltsverzeichnis

1. TRÄGER DER PRAKTISCHEN AUSBILDUNG	3
2. PFLICHTEN DES TRÄGERS DER PRAKTISCHEN AUSBILDUNG	3
3. KOOPERATIONEN/ KOOPERATIONSVERTRÄGE	3
4. AUSZUBILDENDEN- FACHKRAFT- VERHÄLTNIS	4
5. AUSBILDUNGSVERTRAG	5
6. WAHLRECHT	5
7. AUSBILDUNGSPLAN.....	6
8. PRAXISANLEITUNG	7
9. AUSBILDUNGSNACHWEIS.....	9
10. JAHRESZEUGNISSE/ LEISTUNGSERBRINGUNG/ STAATLICHE PRÜFUNG	9
11. MITTEILUNGSPFLICHTEN	10
12. ARBEITSHILFEN UND WEITERFÜHRENDE LEKTÜRE.....	11
13. ANLAGEN	12

1. Träger der praktischen Ausbildung

Der Träger der praktischen Ausbildung trägt die Verantwortung für die Durchführung und der damit verbundenen Koordination und Organisation der praktischen Ausbildung. Er kann die Wahrnehmung einzelner Aufgaben, wie die Erstellung des Ausbildungsvertrages sowie des Ausbildungsplanes, durch Vereinbarung an die Pflegeschule übertragen (§ 8 PflBG). Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der praktischen Ausbildung verbleibt dabei beim Träger der praktischen Ausbildung.

Gemäß § 8 Abs. 2 in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Pflegeberufegesetz (PflBG) können **Träger der praktischen Ausbildung** ausschließlich nachstehende Einrichtungen sein:

- zur Versorgung zugelassene **Krankenhäuser** nach § 108 SGB V
- zur Versorgung zugelassene **Stationäre Pflegeeinrichtungen** gem. § 71 Absatz 2 SGB XI und § 72 Abs. 1 SGB XI
- zur Versorgung zugelassene **ambulante Pflegeeinrichtungen** gem. § 71 Absatz 1 SGB XI, 72 Absatz 1 SGB XI und § 37 SGB V

2. Pflichten des Trägers der praktischen Ausbildung

Der oder dem Auszubildenden dürfen nur Aufgaben übertragen werden, die dem Ausbildungszweck und dem Ausbildungsstand entsprechen. Die übertragenen Aufgaben müssen den physischen und psychischen Kräften der Auszubildenden angemessen sein (§ 18 Absatz 2 PflBG).

Pflichten:

- Durchführung der Ausbildung zeitlich und sachlich gegliedert, in einer durch ihren Zweck gebotenen Form, auf der Grundlage des Ausbildungsplanes, damit das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Zeit erreicht werden kann,
- Gewährleistung der Durchführung der vereinbarten Einsätze der praktischen Ausbildung laut Ausbildungsplan (§16 Absatz 2 Nummer 4),
- Sicherstellung einer Praxisanleitung im Umfang von mindestens 10 Prozent (§ 6 Absatz 3 Satz 3),
- Kostenlose Bereitstellung der Ausbildungsmittel einschließlich der Fachbücher, Instrumente und Apparate die zur praktischen Ausbildung und zum Ablegen der staatlichen Abschlussprüfung erforderlich sind,
- Freistellung der Auszubildenden zu Ausbildungsveranstaltungen der Pflegeschule und für die Teilnahme an Prüfungen,
- Rücksichtnahme bei der Gestaltung der Ausbildung auf die erforderlichen Lern- und Vorbereitungszeiten.

3. Kooperationen/ Kooperationsverträge

Der Träger der praktischen Ausbildung muss sowohl mit der Pflegeschule, sofern er keine eigene Pflegeschule betreibt, als auch mit den weiteren an der praktischen Ausbildung beteiligten Einrichtungen Kooperationsverträge nachweisen.

Als Grundlage zur Erstellung von Kooperationsverträgen werden die vom BIBB veröffentlichten Musterbausteine zur Erstellung eines Kooperationsvertrages empfohlen. Eine Zusammenfassung und Sortierung der Bausteine nach den verschiedenen Kooperationsformen befindet sich in Anlage 1. Die geschlossenen Kooperationsverträge werden allen an der Ausbildung beteiligten Partnern umgehend nach Fertigstellung zur Verfügung gestellt. Der bpa und die freie Wohlfahrt haben ebenfalls Muster- Kooperationsverträge auf Ihrer Webseite zur Verfügung gestellt.

Kooperationsverträge dienen dazu, das Zusammenwirken der Träger der praktischen Ausbildung mit weiteren Lernorten zu regeln und somit einen engen und kontinuierlichen Austausch zwischen den Lernorten zu erreichen (§ 6 Absatz 4 PfIBG). Es besteht die Möglichkeit Kooperationsverträge zwischen verschiedenen Kooperationspartnern zu schließen:

- Träger der praktischen Ausbildung und Pflegeschule
- Träger der praktischen Ausbildung und weitere Einrichtung (*einseitige Praxiseinsatzstellen*)
- Träger der praktischen Ausbildung und weitere Einrichtung, die zugleich Träger der praktischen Ausbildung in Bezug auf eigene Auszubildende ist (*wechselseitige Praxiseinsatzstellen*)
- Ausbildungsverbund

Folgende Inhalte sind im Kooperationsvertrag zwischen dem Träger der praktischen Ausbildung und weiteren Lernorten zwingend zu regeln:

- Zielsetzung und Kooperationspartner
- Zusammenarbeit
- Ausbildungsangebot und -kapazitäten
- Planung und Sicherstellung der Ausbildung
- Praxisanleitung, Praxisbegleitung und Beurteilungen
- Rahmenbedingungen zur Durchführung der Ausbildung
- Kostenerstattung
- Schlussbestimmungen.

Nähere Erläuterungen zu den Kooperationsverträgen finden Sie in den Anlagen 1 und 2.

Es ist darauf zu achten, dass Kooperationen nur mit geeigneten Einrichtungen möglich sind (§ 7 Absatz 5 PfIBG). Anlage 3¹ enthält eine Liste der geeigneten Einrichtungen sowie die Kriterien zur weiteren Bestimmung einer geeigneten Einrichtung.

4. Auszubildenden- Fachkraft- Verhältnis

§ 7 Absatz 5 PfIBG gibt vor, dass beim Träger der praktischen Ausbildung ein angemessenes Verhältnis von Auszubildenden zu Pflegefachkräften gewährleistet sein muss. Auch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) sowie die Handwerksordnung fordern ein angemessenes Auszubildenden- Fachkraft- Verhältnis. Zur näheren Erläuterung des unbestimmten Rechtsbegriffs "in

¹ Überarbeitete Version Juli 2021

angemessenem Verhältnis" hat daher der frühere Bundesausschuss für Berufsbildung bereits im Jahr 1972 eine Richtlinie zur Beurteilung der Eignung potenzieller Ausbildungsbetriebe als Handreichung für zuständige Stellen herausgegeben, die auch heute noch Anwendung findet. Diese gibt als Faustregel folgende Werte an, von denen im begründeten Einzelfall abgewichen werden kann:

- 1- 2 Fachkräfte – 1 Auszubildende(r)
- 3- 5 Fachkräfte – 2 Auszubildende
- 6- 8 Fachkräfte – 3 Auszubildende
- je weitere 3 Fachkräfte – 1 weitere(r) Auszubildende(r).

Die genannten Zahlen können als grobe Richtwerte auch in der Pflegeausbildung dienen.

5. **Ausbildungsvertrag**

Der Träger der praktischen Ausbildung schließt mit der Auszubildenden/ dem Auszubildenden einen Ausbildungsvertrag. Eine schriftliche Zustimmung zum Ausbildungsvertrag ist von der Pflegeschule einzuholen. Angaben zu folgenden Punkten sollen im Ausbildungsvertrag enthalten sein (§ 16 PflBG):

- die Bezeichnung des Berufs
- der ggf. vereinbarte Vertiefungseinsatz
- Beginn und Dauer der Ausbildung
- Angaben über die der Ausbildung zugrundeliegenden Ausbildungs- und Prüfungsverordnung
- Ausbildungsplan
- Hinweis auf die Schulpflicht (nur bei Erstausbildung erforderlich)
- wöchentliche praktische Ausbildungszeit
- Dauer der Probezeit
- Höhe der Ausbildungsvergütung
- Anzahl der Urlaubstage
- ggf. tarifrechtliche Regelungen, Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Hinweis zur betrieblichen Mitbestimmung.

6. **Wahlrecht**

Träger der praktischen Ausbildung, die ihren Auszubildenden Vertiefungseinsätze in der stationären und ambulanten Langzeitpflege oder der pädiatrischen Versorgung anbieten, müssen wissen, welche Berufsabschlüsse an der kooperierenden Pflegeschule angeboten werden. Der Träger der praktischen Ausbildung ist im Falle der Ausübung des Wahlrechts dafür verantwortlich, dass die Auszubildenden den gesonderten Berufsabschluss als „Altenpflegerin/Altenpfleger“ oder als „Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin/ Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger“ erwerben können (§ 59 Abs. 4 S. 2 PflBG). Bietet die kooperierende Pflegeschule den gewählten Berufsabschluss nicht an, muss der Träger der praktischen Ausbildung mit weiteren Pflegeschulen kooperieren. Sollte die Pflegeschule bei Ausübung des Wahlrechts der Auszubildenden den gewählten Berufsabschluss nicht anbieten können, kann sie den Trä-

ger der praktischen Ausbildung bei der Suche nach weiteren Kooperationspartnern unterstützen. Hierfür kann sie z. B. Listen mit geeigneten Pflegeschulen in der Region führen und zur Verfügung stellen. Insgesamt sollte die Pflegeschule frühzeitig darauf hinweisen, welche Abschlüsse sie ermöglicht. Es erscheint nötig, den Auszubildenden noch vor Unterzeichnung des Ausbildungsvertrages explizit darauf hinzuweisen, dass bei Wahlmöglichkeit eventuell ein Schulwechsel nötig wird.

Schüler mit Wahlrecht müssen dieses frühestens sechs Monate und spätestens vier Monate vor Beginn des letzten Ausbildungsdrittels gegenüber dem Träger der praktischen Ausbildung ausüben. Ein Hinweisblatt zum bestehenden Wahlrecht wird den Schülern rechtzeitig von der Schule ausgehändigt (**Anlagen 4 und 5**).

7. Ausbildungsplan

Der Träger der praktischen Ausbildung erstellt, sofern nicht an die Pflegeschule übertragen, einen Ausbildungsplan. Der Ausbildungsplan ist zeitlich und sachlich so zu gliedern, dass das Ausbildungsziel in der Ausbildungszeit erreicht werden kann. Der individuelle Ausbildungsplan der Einrichtung muss dem schulinternen Curriculum unter Berücksichtigung der Empfehlungen im Rahmenlehrplan nach § 51 PflAPrV entsprechen.

Hinweis!

Ein Wechsel des Trägers der praktischen Ausbildung nach abgeleistetem Orientierungseinsatz ist lediglich möglich, wenn der neue Ausbildungsträger denselben Versorgungsbereich (stationäre Akutpflege, stationäre Langzeitpflege, ambulante Akut- und Langzeitpflege) abdeckt.

Zur Begründung:

Die zeitliche und inhaltliche Abfolge der praktischen Ausbildung unterliegt konkreten Vorgaben, die sich im Pflegeberufegesetz (PflBG), in der Pflegeberufe- Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (PflAPrV) sowie den Rahmenausbildungsplänen für die praktische Ausbildung der Fachkommission nach § 53 Pflegeberufegesetz wiederfinden.

Gemäß § 7 Absatz 4 PflBG in Verbindung mit § 3 PflAPrV steht am Anfang der praktischen Ausbildung der Orientierungseinsatz beim Träger der praktischen Ausbildung. Die Auszubildenden sollen in diesem Einsatz schrittweise an die Aufgaben von beruflich Pflegenden im Rahmen des Pflegeprozesses herangeführt werden. Zum Ende des Einsatzes sollen sie in der Lage sein, erste Aufgaben bei zu pflegenden Menschen, die einen geringen Grad an Pflegebedürftigkeit aufweisen, selbstständig durchzuführen.

Der Einsatzzeitraum für die Pflichteinsätze schließt im Verlauf der Praxisausbildung zeitlich und inhaltlich an den Orientierungseinsatz an. In den Pflichteinsätzen sollen die Auszubildenden zunehmend selbstständig Aufgaben mit zu pflegenden Menschen, die einen mittleren Grad an Pflegebedürftigkeit aufweisen, wahrnehmen.

Bei einem Wechsel zu einem Ausbildungsträger mit anderem Versorgungsbereich kann die ordnungsgemäße Durchführung der praktischen Ausbildung nicht mehr gewährleistet werden.

8. Praxisanleitung

Der Träger der praktischen Einrichtung stellt die Praxisanleitung sowohl in der eigenen als auch in den kooperierenden Einrichtungen sicher.

Anforderungen an praxisanleitende Personen

Während des **Orientierungseinsatzes, der Pflichteinsätze in Einrichtungen nach § 7 Absatz 1** des Pflegeberufgesetzes und des **Vertiefungseinsatzes** erfolgt die Praxisanleitung nach Absatz 1 Satz 2 durch Personen, die

- I. in den letzten fünf Jahren über mindestens ein Jahr Berufserfahrung als Inhaberin oder Inhaber einer Erlaubnis
 - nach § 1 Absatz 1 PflBG (Pflegefachfrau/ Pflegefachmann) oder
 - nach § 58 Absatz 1 PflBG (Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in) oder
 - nach § 58 Absatz 2 PflBG (Altenpfleger/in) oder
 - nach § 64 PflBG

verfügen. Die Berufserfahrung soll im jeweiligen Einsatzbereich erworben worden sein.

- II. über die Befähigung zur Praxisanleiterin/ zum Praxisanleiter verfügen. Die Befähigung ist durch
 - eine berufspädagogische Zusatzqualifikation im Umfang von 300 Stunden und
 - kontinuierliche, insbesondere berufspädagogische Fortbildung im Umfang von 24 Stunden jährlich

nachzuweisen.

Der Nachweis der berufspädagogischen Zusatzqualifikation sowie der kontinuierlichen insbesondere berufspädagogischen Fortbildung im Umfang von 24 Stunden erfolgt jährlich zu einem von der kooperierenden Schule festgelegten Termin gegenüber der Schule.

Für Praxisanleiter, die in den Einsätzen der psychiatrischen und pädiatrischen Versorgung sowie in den weiteren Einsätzen nach § 7 Abs. 2 PflBG tätig sind, werden eine Qualifikation durch Berufserfahrung in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich sowie berufspädagogische Fähigkeiten erwartet. Eine Pflicht zum Nachweis einer absolvierten mindestens 300-stündigen Zusatzqualifikation und jährlicher Fortbildungen besteht jedoch nicht.

Auf Landesebene wurden Empfehlungen zur Weiterbildung für die berufspädagogische Zusatzqualifikation von praxisanleitenden Personen in der Pflege erarbeitet (**Anlage 6**).

Hinweis!

Für den Fall, dass die Einrichtung keine Praxisanleiterin/ keinen Praxisanleiter vorhalten kann, besteht die Möglichkeit einen Praxisanleiter/ eine Praxisanleiterin für die geforderten 10 % Praxisanleitung aus einem bestehendem Kooperationsverbund anzufordern.

Aufgaben der praxisanleitenden Person

Praxisanleitende Personen sollen unter Einbeziehung der entsprechenden Methodik die Koordination, Vorbereitung und Durchführung der praktischen Anleitung vornehmen sowie die Beratung und Begleitung der Schülerinnen während der praktischen Ausbildung inklusive Einführungs-, Reflexions- und Auswertungsgespräche durchführen. Konkret sollen die praxisanleitenden Personen:

- den Ausbildungsplan und die entsprechenden Praktikumsaufträge erstellen,
- die Auszubildenden geplant und strukturiert auf der Grundlage des vereinbarten Ausbildungsplanes in Abstimmung mit dem schulinternen Curriculum in der Praxis anleiten,
- Praxisanleitung im Umfang von mindestens 10 Prozent² der während eines Einsatzes zu leistenden praktischen Ausbildungszeit durchführen,
- die Auszubildenden schrittweise an die Wahrnehmung der beruflichen Aufgaben als Pflegefachfrau oder Pflegefachmann heranführen,
- die Lernsituationen in die einrichtungs- und stationsinternen Abläufe integrieren und somit den Kompetenzerwerb der Auszubildenden sicherstellen,
- darauf achten, dass dem/ der Auszubildenden nur Aufgaben übertragen werden, die dem Ausbildungszweck dienen und dem Ausbildungsstand entsprechen,
- die Auszubildenden zum Führen des Ausbildungsnachweises nach § 3 Absatz 5 PflAPrV anhalten
- die Verbindung mit der Pflegeschule halten,
- Ausbildungsdefizite bei den Auszubildenden identifizieren und in Absprache mit der jeweiligen Pflegeschule entsprechende Maßnahmen kennen und anwenden,
- den Theorie- Praxis-Transfer im Kontext der Lernortkooperation kritisch reflektieren und aktiv mitgestalten,
- qualifizierte Leistungseinschätzungen erstellen,
- an den Zwischenprüfungen und den praktischen Prüfungen als Fachprüfer mitwirken,
- ihre Aufgaben dokumentieren und evaluieren.

Die Praxisanleiter werden zum Führen eines **geeigneten Nachweises** verpflichtet, aus dem **Inhalt und Umfang der Betreuung je Auszubildenden** ersichtlich wird. Empfehlend ist die Kopiervorlage „Praxisanleitung“ des **BIBB- Ausbildungsnachweises (Anlage 7)**. Dieser geeignete Nachweis ist Bestandteil des Ausbildungsnachweises und somit Bestandteil der Prüfungszulassung des/ der Auszubildenden (§ 11 Absatz 2 PflAPrV).

² Im Umfang von 10 % sind die direkte Anleitung „am Bett“/ im direkten Patientenkontakt als Praxisanleitung einzuplanen. Darüber hinausgehende Aufgaben des Trägers der praktischen Ausbildung (Lernstandgespräche, Erstellung von Arbeits- und Lernaufgaben, Koordinationsaufgaben etc.) sind wichtiger Bestandteil der praktischen Ausbildung, jedoch nicht Teil der nachzuweisenden Praxisanleitung im Umfang von mindestens 10%.

9. Ausbildungsnachweis

Ein ordnungsgemäß schriftlich geführter Ausbildungsnachweis ist Voraussetzung zur Prüfungszulassung (§11 Absatz 2 PflAPrV). Der von den Auszubildenden zu führende Ausbildungsnachweis nach § 17 Satz 2 Nummer 3 PflBG ist von der Pflegeschule so zu gestalten, dass sich aus ihm die Ableistung der praktischen Ausbildungsanteile in Übereinstimmung mit dem Ausbildungsplan und eine entsprechende Kompetenzentwicklung feststellen lassen. Die Pflegeschule berücksichtigt bei der Gestaltung des Ausbildungsnachweises den Musterentwurf des BIBB nach § 60 Absatz 5 PflAPrV (**Anlage 7**).

10. Jahreszeugnisse/ Leistungserbringung/ Staatliche Prüfung

Jahreszeugnisse

Die Jahreszeugnisse geben Auskunft über die im Unterricht und in der praktischen Ausbildung erbrachten Leistungen (§ 6 Absatz 1 PflAPrV). Fehlzeiten sind auf dem Jahreszeugnis differenziert nach Unterricht und praktischer Ausbildung auszuweisen.

Leistungseinschätzung

Jede Einrichtung erstellt eine qualifizierte Leistungseinschätzung unter Ausweisung der Fehlzeiten nach jedem bei ihr durchgeführten praktischen Einsatz der/ des Auszubildenden (§ 6 Absatz 2 PflAPrV). Ist ein Praxiseinsatz am Ende eines Ausbildungsjahres nicht beendet, erfolgt die Berücksichtigung im nächsten Ausbildungsjahr. Die Leistungseinschätzung ist der oder dem Auszubildenden bei Beendigung des Einsatzes bekannt zu machen und zu erläutern.

Staatliche praktische Prüfung

Die staatliche praktische Prüfung spiegelt die Anforderungen des Berufes vollumfänglich wider. Wesentliche Prüfungselemente sind dabei die vorbehaltenen Tätigkeiten (§ 16 PflAPrV).

Die Prüfung:

- berücksichtigt den Versorgungsbereich des Vertiefungseinsatzes des Prüflings,
- ist eine Einzelprüfung,
- stellt eine reale und komplexe Pflegesituation dar,
- beinhaltet die Pflege von mind. zwei Menschen, von denen einer einen erhöhten Pflegeaufwand aufweist.

Umfang:

- Vorbereitungsteil (Ausarbeitung eines Pflegeplans- schriftl. oder elektronisch)
- Fallvorstellung
- Durchführung der geplanten u. situativ erforderlichen Pflegemaßnahmen
- Reflexionsgespräch

Dauer:

- 240 Minuten ohne Vorbereitungsteil (davon max. 20 Minuten Fallvorstellung und 20 Minuten Reflexion)
- Prüfung darf durch eine organisatorische Pause von einem Werktag unterbrochen werden

- Gesamtnote bestehend aus Prüfungsnote zuzüglich Vornote

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V wird eine Regelung zur Durchführung der Prüfungsbestimmungen erstellen und zur gegebenen Zeit zur Verfügung stellen.

11. Mitteilungspflichten

Im Rahmen der Ausbildungsfinanzierung ergeben sich für die Träger der praktischen Einrichtung gegenüber der zuständigen Stelle nach § 26 Pflegeberufegesetz Mitteilungspflichten. Nähere Informationen erhalten Sie direkt bei der zuständigen Stelle:

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Erich-Schlesinger-Str. 35
Ulrike Ortmann
18059 Rostock
Telefon: 0381 331 59063
Telefax: 0381 331 9959063
E-Mail: pflgefonds@lagus.mv-regierung.de

Alle Einrichtungen sind aufgefordert, sich im Onlineportal auf der nachstehenden Homepage des Landesamtes für Gesundheit und Soziales anzumelden. Hier erhalten Sie auch weitere Informationen zum Ausbildungsfonds und entsprechenden Meldepflichten.

<https://www.lagus.mv-regierung.de/Foerderungen/Pflegeausbildungsfonds-M%E2%80%93V/>

12. Arbeitshilfen und weiterführende Lektüre

Zuständiges Ministerium für Gesundheit M-V.
Generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau / zum Pflegefachmann

<https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/wm/gesundheits/Generalistische-Ausbildung-zur-Pflegefachfrau-oder-zum-Pflegefachmann/>

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Arbeitshilfe für die praktische Pflegeausbildung. https://www.pflegeausbildung.net/fileadmin/de.altenpflegeausbildung/content.de/Publikationen/Broschuere_Arbeitshilfe_Pflegeeinrichtungen.pdf (Zugriff am 06.07.2021).

Bundesinstitut für Berufsbildung (2019). Kooperationsverträge der beruflichen Pflegeausbildung. Fachworkshop- Empfehlungen zur Umsetzung in der Praxis. <https://lit.bibb.de/vufind/Record/DS-183668> (Zugriff am 13.12.2019).

Bundesinstitut für Berufsbildung (2019). Musterentwurf zum Ausbildungsnachweis. Empfehlungen für den Nachweis der praktischen Pflegeausbildung nach § 60 Abs.5 PflAPrV. <https://bibb.de/de/117108.php> (Zugriff am 18.12.2019).

Bundesinstitut für Berufsbildung (2019). Rahmenpläne der Fachkommission nach § 53 PflBG, 1. August 2019. <https://www.bibb.de/de/86562.php> (Zugriff am 7.2.2020).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mach Karriere als Mensch. <https://www.pflegeausbildung.net/> (Zugriff am 7.2.2020).

Boguth K, Knoch T (2017). Praxisheft Praxisanleitung. Arbeitshilfe für die Prozessgestaltung von Ausbildungsabschnitten in der praktischen Pflegeausbildung. Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Regionalverband Nordost 1. Aufl., ISBN 978-3-00-058557-9.

Forum Ausbildung – Zeitschrift für die Ausbildung in Gesundheitsberufen (2017). Schwerpunkt Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz. Prodos Verlag, 12 (2).

Hamann E, Stöcker G, Stolz KH, Winter C, Zink C (2017). Pflegeausbildung vernetzend gestalten – ein Garant für Versorgungsqualität. Deutscher Bildungsrat für Pflegeberufe. <http://bildungsrat-pflege.de/wp-content/uploads/2014/10/broschuere-Pflegeausbildung-vernetzend-gestalten.pdf> (Zugriff am: 7.2.2020).

Igl G. (2019). Gesetze über die Pflegeberufe. Praxiskommentar 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. medhochzwei Verlag, Heidelberg.

13. Anlagen

- Anlage 1 BIBB Kooperationsverträge
- Anlage 2 Zusammenfassung BIBB Kooperationsverträge
- Anlage 3 Liste geeignete Einrichtungen
- Anlage Hinweisblatt Wahlrecht Gesundheits- und Kinderkrankenpflege
- Anlage 5 Hinweisblatt Wahlrecht Altenpflege
- Anlage 6 Empfehlung für die berufspädagogische Zusatzqualifikation von praxisanleitenden Personen in der Pflege
- Anlage 7 BIBB Ausbildungsnachweis